

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum des Herausgeber: Neyp & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Preis des Wochenblattes
Das Blatt ist ungenutzt bis 6 Uhr, Sonntag bis 12 Uhr, in der Redaktion: große Meißnerstraße 5 bis 10, 5 Uhr. Der Rest eines jeden Monats beträgt 15 Sgr. Einmalige Beiträge sind 3 Sgr. Eine Garantie für das nächste Jahr wird nicht gegeben.

Mitglieder-Konferenz
Kaufleute und andere können hierher kommen. Die Preise sind billig. Die Mitglieder zahlen 10 Sgr. für den Monat. Die Mitglieder zahlen 10 Sgr. für den Monat. Die Mitglieder zahlen 10 Sgr. für den Monat.

Verkauf
1. März. — Verkauf: 20,000 Exemplare.
Verkauf: 20,000 Exemplare.
Verkauf: 20,000 Exemplare.

Nr. 60. Ahtzehunter Jahrgang. Dresden, Sonnabend, 1. März 1873.

Für den Monat März

werden in unserer Expedition, sowie bei allen Postämtern Abonnements auf die **Dresdner Nachrichten** à 7 1/2, resp. 8 1/2 Ngr. angestommen.

Politisches.

Trotz der eindringlichen Mahnungen, die gestern die Bürgermeister Martini und Hirschberg und ebenso der Minister von Volzig an die 1. Kammer richteten, verwarf dieselbe den Bericht der Krone auf ihr Recht: unter den vorgeschlagenen Präsidenten der 2. Kammer eine Auswahl zu treffen. Wir haben Dem, was die Genantheit für den Fortschritt vorkühnen, Nichts beizufügen. Die Starrheit, welche die Kammer bewies — Freunde wird sie ihr nicht erwerben; denen, welche das Zweikammersystem als eine Bürgschaft bessener Entwicklung verteidigen, hat die 1. Kammer die Fingel beschnitten; reichlich Wasser auf die Mühle hat sie aber denen geliefert, die in der 1. Kr. den Wogenbrecher gegen die Demagogie und den Hort eines selbstständigen Sachsens hielten. Wenn das Staatsleben einem Uhrwerk gleicht, auf dessen Ziffernblatte der Minutenweiser der 2. Kr. rasch die Bahn beschreift, während der Stundenweiser der 1. Kr. nur zögernd folgt und zum Zurücklegen des gleichen Zeitraums 12 mal mehr Zeit braucht, so wird eine gründliche Reparatur des Uhrwerkes unermesslich, sobald sich ergibt, daß der Stundenzeiger eigenförmig nicht vom Fiede will.

Um die kirchenpolitischen Fragen falls möglichst rasch durch die verfassungsmäßig nötige 2. Beratung zu bringen, haben im preuß. Abgeordnetenhause die Freunde dieses Fortschritts auf's Wort verzichtet und den Clericalen allein das Feld zum Redetourneer überlassen. Der Cultusminister Falk erklärte auf eine Anfrage, ob er nicht angesichts der Mißstimmung, welche diese Gesetze auch innerhalb der strengkirchlichen evangelischen Geistlichkeit finden, die Gesetze zurückziehen wolle: er sei entschlossen, das angefangene Werk zu Ende zu führen. Die evangelische Geistlichkeit mehrerer Provinzen hat sich mit der Bitte an das Herrenhaus gewendet, diese Gesetze zu verwerfen, welche die evangelische Kirche schädigten.

Der Präsident der Seehandlung, Günther, Vorsitzender der Eisenbahn-Untersuchungskommission, ist zum Oberpräsidenten der Provinz Posen ernannt worden. Hoffentlich tritt er diesen Posten nicht vor Abwicklung dieser Untersuchungsgehefte an. Ledber ist die Beförderung gerechtfertigt, daß die Verhandlungen dieser Commission geheimgehalten werden sollen. — Der Handelsminister Graf Henplitz scheint an seinen Rücktritt wirklich zu denken; die Regierung hat 5000 Thlr. Besoldung für einen Unterstaatssecretar in diesem Ressort verlangt, was man als den ersten Schritt zum Rücktritt Henplitzens auffaßt. — Der Lehramtsmangel ist in Preußen so groß, daß in Jacobsdorf bei Jauer der Gerichtsschulze und andere untere Gerichtsbeamte abwechselnd im Lesen, Schreiben und Rechnen die Kinder unterrichten. Auch in Weisdorf wurde der Gerichtsschulze von der Schulaufsichtsbehörde angewiesen, wöchentlich 4 Tage in diesen Fächern zu unterrichten, „damit die Mühle nicht ganz stille stehe“. Wenn es ebenso sehr an Leutnants fehle, wie es an Lehrern mangelt, so würden gewiß Millionen nicht gescheut, um sie zu bekommen. Im Wettstreit zwischen Kaserne und Schule hat aber erstere freiz 47 und das Double voraus. Das preußische Kriegsministerium bereitet ein Gesetz vor, wornach den 12 Jahre lang gedienten Unteroffizieren auch nach ihrer Versorgung im Civilstande so lange der Genuß der Militärpension belassen bleiben soll, bis sie 600 Thlr. Jahreseinkommen haben. Nicht zweckmäßig! Aber neben dieser alle Details des Militärs berücksichtigenden Fürsorge sollte für die Jugendbildung auch etwas abfallen. — Berlin hat von heute an vielleicht keine Droschken mehr. Die Droschkenbesitzer wollen striken, so lange der Polizeipräsident den ihnen lästigen Tarif aufrechterhält. Wenn die Marienbäder, mit schnapzigem rothen Manchesterjammt ausgeschlagen, mit ihrem großen Ruffchern von dem abscheulichen Plaster Berlins eine Beilang verschwinden — welcher Fremde wird dann Berlin niedererkennen?

Feldmarschallleutnant Biret, der Abtats des Honved-Oberkommandanten Ungarns, des Erzherzogs Joseph, hat eine Verordnung erlassen — was es über die Dimensionen des Barts der Honvedsoldaten und die Form und Farbe der Cravatten oder über die Form und Farbe des Barts und die Dimensionen der Cravatten — wir haben das wichtige Faktum nicht getreu im Gedächtniß bemahrt. Darob gewaltiger Sturm in den ungarischen Wäldern, aber nicht wegen des Inhalts dieser Verordnung, sondern weil — entsetzlich! der General dieses welterschütternde Dokument selbstständig erlassen und nicht dem Honvedministerium die Unterzeichnung und Verantwortlichkeit für diese Lächerlichkeit zugemuthet hat.

In Sachen Vermilob's, der von dem Landföge Voltaire's aus den Canton Genf zu regieren fortführt, liegt nichts Neues vor. In den Streitigkeiten der Diöcese Basel entfallt die Regierung Solothurns eine ungewöhnliche Kraft. Das Selbstgefühl, mit welchem sie innerhalb so schwieriger Verhältnisse austr.

zeugt von dem Bewußtsein einer guten Sache. Besser als diese Waffenhandel muthet uns die Unternehmungslust der Schweizer an: durch das reizende Berner Oberland eine Rundreisebahn zu bauen, die von Interlaken nach Lauterbrunnen über die Wengernalp nach Grindelwald und zurück nach Interlaken führt. Nicht weniger als drei Gesellschaften bewerben sich um diese Bahn.

An Kühnheit fehlt es den Männern, die an der Spitze der spanischen Republik stehen, nicht. In einem Augenblicke, da die Lage eine feste, compacte Armee und keine fluctuierende bewaffnete Hausen erforderte, wird das Heresgesetz, das ziemlich nach deutschem Muster eingerichtet war, aufgegeben, um ein gemischtes englisch-deutsches System einzuführen. Die allgemeine Wehrpflicht wird angeordnet, jedoch nur für die Reserve, die active Armee wird angeworben. Daneben wird die allgemeine Wehrbewaffnung eingeführt, augenscheinlich, um sich der carlistischen Banden zu erwehren zu können. Nahe liegt die Gefahr, daß der Bürgerkrieg in schweißlichster Gestalt überall entbrennt. Die Sagen der Unterofficiere werden erhöht; die französische Stadt Lyon hat ein Freicorps gegen die Carlisten angeboten. Dagegen ließen die französischen Zollbehörden Kanonen für die Carlisten hinüberschmuggeln, gleichsam um die Republik dafür zu strafen, daß sie die Petroleure der Commune, wie Hyat, Cluseret u. A. in Spanien duldet. Der Minister des Aeußeren, der edle Schwärmer Castelar, hat zwar jede Gemeinschaft und Duldung dieser Petroleure dem französischen Gesandten gegenüber abgelehnt, aber er ist zu schwach, Greuelthaten der Internationale zu verhindern. In Montilla wurden die Grundbücher verbrannt, mehrere wohlhabende Personen ermordet, der Leichnam eines reichen Grundbesizers verstümmelt, sein Körper aufgeschnitten und am Fenster seines Hauses, das man halb eingestürzt hatte, aufgehängt. Die Republik hat keine schlimmeren Feinde, als jene Clenden, die sich ihres Namens bedienen, um sie mit verbrecherischen Thaten zu beslecken.

Locales und Sächsisches.

Der Gemeindevorstand und Ortsrichter Wegig zu Zunschwitz hat die silberne Medaille vom Verdienstorden erhalten.

Der Appellationsrath, charakterisirter Vicepräsident Dr. Hermann Betschke zu Leipzig ist zum Präsidenten des Appellationsgerichts zu Leipzig ernannt, auch dem Appellationsrath Dr. Wend daselbst der Charakter eines Vicepräsidenten beigelegt worden. Der Oberappellationsrath Dr. Winger ist zum Präsidenten des Appellationsgerichts zu Zwickau, der Appellationsrath bei diesem Appellationsgericht, charakterisirter Vicepräsident Behringer, unter Beilegung des Titels eines Geheimen Justizraths, zum Director des Bezirksgerichts Dresden, und der jetzige Director des letzteren, Geheimer Justizrath Reichardt, zum Oberappellationsrath, der jetzige zweite Vicepräsident des Oberappellationsgerichts, v. König, unter Beilegung des Charakters eines Geheimen Rathes, zum ersten, und der Oberappellationsrath v. Kaye zum zweiten Vicepräsidenten des genannten Gerichtshofs, auch der Appellationsrath Ratzell zu Zwickau zum Oberappellationsrath, der Beihülfe des Staatsanwalts zu Bautzen, Staatsanwalt Dr. Wiesend zum Gerichtsrathe bei dem Bezirksgericht Leipzig ernannt worden.

Der Fürst Reuß j. L. Heinrich XIV., welcher vorgestern hier eingetroffen ist, in Victoria-Hotel abgetreten ist, hat an der gestrigen königlichen Tafel Theil genommen. (Dr. J.)

Landtag. 1. Kammer. Verhandlungsgegenstand: Der Voranschlag der Deputation, das von der Regierung angebotene Recht der freien Reichstagswahl und des selbstständigen Entlassens einer Adresse u. zu verwerfen. Mehrere Grafen haben die Verhandlung mit der Versicherung ein, daß es der Deputation sehr schwer geworden sei, den beschriebenen, in der 2. Kammer mit steigendem Laufe bearbeiteten Gegenstand der Krone zu widerstreben. Werthe habe ein Blatt Anspielung auf unsere gestrigen Artikel. (D. Red.) gelangt: die 1. Kammer wolle feindlicher als der König sein. Man wolle aber nicht der Krone, sondern Strömungen opponiren, die der Krone Rechte entziehen wollen, denen die 1. Kammer großen Werth beilege. Würgermeister Martini: Selbst dem demokratischen Verstande würde es heute nicht gelingen, die Verwerfung der Vorlage durch die 1. Kammer zu verhindern. Und doch hätte er bei der Selbstverleugung, die sich die 2. Kr. bei der vorgeschlagenen Verfassungsänderung aufgelöst, ein anderes Resultat gewünscht. Es sei eigen thümlich, wenn die 1. Kammer hochberühmte Anerbietungen der Krone freilich zurückweise, die freie Reichstagswahl und das Recht einer selbstständigen Adresse, was in anderen Staaten längst bestünde, Sächsen vorenthalten wolle. Zwar habe die 1. Kr. Recht und Macht, jede Verfassungsänderung zu verhindern, aber, wenn sie eine mächtige Weiterbildung unmöglich mache, sei es künftighin allen Anhängern des Zweikammersystems sehr schwer, dasselbe zu verteidigen und nur die Feinde der 1. Kr. werden sich die Hände reiben. Wenn die Kr. noch in der Reichswindigkeit Millionen für Kasernen, Zeughaus, Justizgebäude und Eisenbahnen bewilligen läme, würde sie auch bei gutem Willen Zeit haben, die Landtagsordnung zu beraten. Und doch sei eine Abklärung der Landtage durch eine bessere Geschäftsordnung höchst notwendig. Würgermeister Martini: Wie könne ich die 1. Kr. in die eigenen Anfechtungen der 2. Kr. mischen wollen, wenn letztere und Regierung einig seien, daß deren Präsidenten frei zu wählen und? Das Recht der Krone unter den vorgeschlagenen Präsidenten sei unter Umständen für die Krone eine Last und

Verlegenheit. Wenn J. V. der Socialdemokrat um sich griffe, die gestiegenen Arbeitslöhne und die Entwerdung des Geldes auch den Socialdemokraten trotz des Thalerensubs die Möglichkeit gebe, in die 2. Kr. gewählt zu werden und dort die Mehrheit zu bilden, so bringe die 1. Kr. nach dem Voranschlag der Deputation die Krone in die Lage, einen social-demokratischen Präsidenten zu wählen und somit als einen Mann ihres Vertrauens zu bezeichnen. Wenn heute die 1. Kr. die Regierungsvorlage verwerfe, so werde dies in den gemäßigten Kreisen beirenden. Minister v. Rositz: Die Kr. habe vor wenigen Jahren das viel einschneidendere Wahlgesetz für die 2. Kr. angenommen; warum sollte sie heute einem Vorschlage widerstreben, der nichts thue, als die Form des Verhältnisses zwischen beiden Kammern und der Regierung zu reformiren? Sorge man dafür, die Geschäfte zu vereinfachen und zu beschleunigen, dann werde die Zufriedenheit und Liebe zur Verfassung gestärkt, ein Ziel, auch des Strebens der 1. Kr. würdig. Die Auswahl der Krone unter den vorgeschlagenen Präsidenten der 2. Kr. sei entschieden veraltet, bestehe nur noch in Württemberg, wo man das auch befestigen wolle, und werde sich auch nicht bei uns halten lassen. Gerade weil die 2. Kr. sich zurückhaltend in Bezug auf Verfassungsänderungen gezeigt, dürfe die Regierung gemäßigten Wünschen nicht widerstreben. Der jetzige Zustand sei schädlich. Zwar habe er das Vertrauen, daß niemals die Mehrheit der 2. Kr. aus Socialdemokraten bestehen werde, jedoch würde das nach sehr langer Dauer; aber die freie Wahl der Präsidenten durch eine Kr. sei eine berechtigte Forderung und gelatte auch, daß die Kr. in ihr Directorium Vertreter der Linken und Rechten compromißlos wähle, was jetzt nicht vorkomme. Die Aufgabe der 1. Kr. sei nicht, sich jeder Entscheidung entgegenzusetzen, sondern dafür zu sorgen, daß die Entwicklung in ordnungsmäßiger Weise geschehe, damit nicht der Staatszwang auf eine solche Ebene gestellt werde und ins Rollen komme. Darum möge sie die Vorlage der Regierung annehmen. Dr. v. Falkenstein beantragt die Vertagung der Beratung bis nach Durchberatung der Landtagsordnung, t. b. Berücksichtigung auf nächsten Sonntag, was jedoch Würgermeister Müller und Minister v. Rositz in Namen der gemäßigten Regierung für unannehmbar erklärten. Weiter appellirt mit Würde an die staatsmännliche Einsicht der Kr. Graf Ker und v. Meißel für Verwerfung der Vorlage, die gar nicht so notwendig sei. Martini, unterstützt vom Vicereß. Potzebauer, beantragt: Zustimmung zur Vorlage in der Fassung der 1. Kr.; in ähnlichem Sinne v. Rositz. Nach dem Grafen v. Bismarck hat kaum ausgesprochen, daß die 1. Kr. in diesem Punkte die Rolle der allgeringsten Opposition sei. Maßstab des Königs durchzuführen habe, wurde die Vorlage mit 23 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Die beiden königl. Prinzen traten zu stimmen, da der Kronprinz für Krone Georg gegen die Vorlage der Regierung sei.

Aus einem Protocoll, welches die Herren Moriz Gasse, Vorf. des Schiffervereins, Dr. Hellingrath, Ingen. Sachse, Ingen. Keffner und Carl Finke jetzt in Broschürenform über ihre im October v. J. 18. h. m. 20. unternommene, von Dresden bis Magdeburg ausgeführte Obstrom-Bereifung herausgegeben haben, entnehmen wir, daß die Jahreiseife auf dieser ganzen Strecke sehr viel zu wünschen übrig läßt. Statt einer durchgehenden Tiefe von 40 oder mindestens 36 Fuß, die zum förderlichen Verfehr der Schiffe erforderlich sind, fanden sich sehr viele Stellen, die 30 und oft nicht einmal soviel Fuß Tiefe haben. Der schlechte Zustand des Strombettes gegenüber den Schifffahrtsinteressen, findet sein Pendant in der Rieser Brücke, welche nach dem Protocoll in einem lebensgefährlichen Zustande gefunden wurde, die ziemlich voluminösen Weiler aus dem Loth gedrückt und zum Verfehr gebracht. Die Strombereifung hat die genannten Herren zu der Ueberzeugung gebracht, daß bei etwas energischem Bau die erforderliche Minimum-Tiefe recht wohl hergestellt werden könne, wenn man namentlich eine angemessene Einengung des Stromprofils erstreben wolle. Der jetzige Zustand gestattet bei niedrigem Wasser, kaum ein Drittel der Ladungsfähigkeit auszunutzen, wobei dem Schiffer nichts zu erübrigen bleibt. — Es würde wohl, da die Schiffahrt für den Handel von großer Bedeutung ist, recht gut sein, wenn die Behörden der höheren Aufbarmachung des Stromes ein thatsächliches Interesse zuwenden wollten.

Nicht uninteressant wird Manchem sein, daß, während jetzt gerade über die Rechte des Katholicismus viel gestritten wird, gerade vor 200 Jahren, am 27. Februar 1673, Churfürst Johann Georg II. zu Sachsen einen Befehl erließ, nach welchem Jeder, der die Messe zu hören zu kathol. Mess-B Priestern ginge, an seinem Vermögen gestraft werden, den Mess-Priestern aber, die in die Häuser einschlichen, um unschuldige Leute in ihrem Glauben (dem evangelischen) irre zu machen, das Land verboten werden sollte. Man kann den Befehl in der Chronik nachlesen. Diese von dem evangelisch-glaubenseifrigen Georg erlassene Verfügung ward wieder aufgehoben bei Abhluß des Potsdener Friedens 1806.

In Sächsischen sind die Duren Bürgerschulen mit großer Mißbilligung verfeht worden. Die hatten sich nur eine Petition um Gehaltsaufbesserung an den Stadtrath gewandt und ihr Gesuch auf das Gesunkenen des Gewerthes und die Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse gestützt; der Stadtrath hatte auch die Sache mit nicht unfreundlichem Auge betrachtet, aber die Supplik doch dem Schulvorstande zur Deputachtung übergeben und dieser hat den Rath gegeben, die Lehrer bis auf günstigere Zeiten, vielleicht auf's nächste Frühjahr zu verdrösten.